

## BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

18. Wahlperiode

## AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/HaFA (Stadt)

28. Sitzung

29.08.13

### Haushalts- und Finanzausschuss

(Stadt)

28. Sitzung

am 29. August 2013

im Börsenhof A

Anwesend: Abg. Brumma (SPD)  
Abg. Frau Garling (SPD)  
Abg. Gottschalk (SPD)  
Abg. Hinners (CDU)  
Abg. Kau (CDU)  
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender  
Abg. Frau Piontkowski (CDU), Vorsitzende  
Abg. Reinken (SPD)  
Abg. Frau Dr. Schierenbeck (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Frau Tuchel (SPD)  
Abg. Weber (SPD)

außerdem sind anwesend:

Staatsrat Strehl	)	
Herr Meyer	)	
Frau Schüller	)	von der Senatorin für Finanzen
Herr Trottnow	)	
Herr Dr. Winters	)	

Herr Hergert

von der Senatorin für Soziales, Kinder,  
Jugend und Frauen

Frau Meyer

Immobilien Bremen

Herr Löffler

von der Bürgerschaftskanzlei  
als Assistent des Ausschusses

Abg. Frau Piontkowski eröffnet die Sitzung um 13.20 Uhr.

**Produktgruppe 41.03.01  
Hilfen für Asylbewerber und Flüchtlinge  
hier: kurzfristige Unterbringung von Asylbewerbern  
- Tischvorlage vom 20. August 2013 -**

**Abg. Liess** fragt, ob die Errichtung der Mobilbaueinheiten vergaberechtlich behandelt und damit ausgeschrieben werde.

**Frau Meyer** antwortet, dass wegen der besonderen Eilbedürftigkeit in dieser Sache die Freigabe für eine so genannte freihändige Vergabe erteilt sei.

**Abg. Hinners** fragt, welcher Verwendung die Mobilbaueinheiten nach der vorgesehenen Nutzungszeit zugeführt werden.

**Herr Hergert** erklärt, ein Abbau der Mobilbaueinheiten und eine Errichtung an anderer Stelle zur Weiternutzung sei problemlos möglich.

**Abg. Brumma** fragt nach den ungefähren Kosten und die allgemeine Kostenentwicklung für die Errichtung derartiger Mobilbaueinheiten.

**Herr Hergert** antwortet, dass er keine konkreten Angaben zur genauen Kostenentwicklung für die Erstellung derartiger Containerlösungen machen könne. Möglich sei lediglich eine Kostenschätzung wie in der Vorlage dargestellt.

**Abg. Frau Piontkowski** äußert Bedenken gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in Mobilbaueinheiten. Nach Auffassung der CDU-Fraktion sei eine örtliche Unterbringung und Einbindung die sinnvollere Lösung. Nach ihrer Auffassung hätte der Senat eher handeln müssen, um derartige Notlösungen zu vermeiden. Da gleichwohl die Notwendigkeit gesehen werde, die Menschen unterzubringen, werde sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen und der Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion zu, dass zur Finanzierung des Bedarfs in Höhe von bis zu 3,5 Millionen Euro in 2013 zu-

nächst die Risikovorsorge herangezogen wird (Haushaltsstelle 3995/973 10-2) und nimmt zur Kenntnis, dass eine Konkretisierung des Finanzierungsvorschlags im Rahmen der Befassung über das Ergebnis des Halbjahrescontrollings erfolgt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen und der Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,3 Millionen Euro für 2014 zu. In gleicher Höhe wird die bei der Haushaltsstelle 3995/790 10-5 „Investitionsreserve“ veranschlagte VE nicht in Anspruch genommen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt zur Kenntnis, dass der Senat im Rahmen des noch im September d. J. vorzulegenden Gesamtkonzeptes zur Integration von Flüchtlingen in der Stadt Bremen einen Vorschlag zur Abdeckung der erteilten VE für das Haushaltsjahr 2014 vorlegen wird.

(Schluss der Sitzung 13.27 Uhr)

Ausschussvorsitzende

Piontkowski